

Gebührenordnung der Landespflegekammer Rheinland-Pfalz

Auf Grundlage von § 15 Absätze 1 und 4 Nr. 3 des Heilberufsgesetzes (HeilBG) Rheinland-Pfalz in der aktuellen Fassung hat die Vertreterversammlung der Landespflegekammer Rheinland-Pfalz (Kammer) durch Beschluss vom 21.09.2016 und mit Genehmigung des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie Rheinland-Pfalz, vom 20.12.2016, AZ: 652-01 723, die folgende Gebührenordnung erlassen.

Präambel

Grundsätzlich ist die Tätigkeit der Landespflegekammer (Kammer) für ihre Mitglieder über den Haushalt der Kammer abgedeckt. Diese Gebührenordnung regelt Anlass und Umfang der Fälle, in denen Gebühren und Auslagen erhoben werden.

§ 1 Allgemeines

Die Kammer erhebt für Amtshandlungen, andere öffentlich-rechtliche Dienstleistungen sowie für die Inanspruchnahme ihrer Einrichtungen und Gegenstände Gebühren und Auslagen auf der Grundlage dieser Gebührenordnung. Die Erhebung von Kosten auf Grund anderer Satzungen oder Rechtsvorschriften bleibt unberührt.

§ 2 Gebühren

Die Höhe der Gebühren richtet sich nach dem Gebührenverzeichnis, das Bestandteil dieser Satzung ist (Anlage).

§ 3 Auslagen

Die Auslagen, die im Zusammenhang mit gebührenpflichtigen Leistungen sowie für die Inanspruchnahme von Einrichtungen und Gegenständen entstehen, werden von dem Kostenschuldner erhoben.

Zu den Auslagen gehören insbesondere

- a) Reisekostenvergütungen und Auslagenersatz, wenn die Dienstleistung oder Amtshandlung außerhalb des Amtssitzes der Kammer erfolgt,
- b) Post- und Telekommunikationsgebühren sowie
- c) Schreibauslagen für die auf Antrag erteilten Ausfertigungen, Abschriften und Ablichtungen und Aufwendungen für Übersetzungen und Vergütungen für Sachverständige und Dolmetscher.

Auslagen können auch erhoben werden im Falle sachlicher oder persönlicher Gebührenfreiheit.

§ 4 Kostenschuldner und Kostenschuld

- (1) Kostenschuldner ist, wer
- a) das Tätigwerden der Kammer veranlasst oder zu wessen Gunsten es geschieht,
 - b) Einrichtungen und Gegenstände der Kammer in Anspruch nimmt,
 - c) die Kosten durch eine vor der Kammer abgegebene oder ihr mitgeteilte Erklärung übernommen hat,
 - d) für die Kostenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.

Mehrere Kostenschuldner haften als Gesamtschuldner.

- (2) Die Kostenschuld entsteht, soweit ein Antrag notwendig ist, mit dessen Eingang bei der Kammer, im Übrigen mit der Beendigung der gebührenpflichtigen Tätigkeit oder nach Inanspruchnahme der Einrichtungen und Gegenstände.
- (3) Die Kammer kann im Einzelfall einen Vorschuss oder eine Sicherheitsleistung verlangen.
- (4) Die Verpflichtung zur Erstattung von Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrages.
- (5) Gebühren und Auslagen werden mit der Bekanntgabe der Kostenentscheidung an den Kostenschuldner fällig, wenn nicht durch die Kammer ein späterer Zeitpunkt bestimmt wird.
- (6) Rückständige Gebühren werden zunächst mit einer Zahlungserinnerung und dann einer gebührenpflichtigen Mahnung erhoben. Danach erfolgt die Beitreibung der rückständigen Gebühren.
- (7) Bei nicht fristgerechter Zahlung werden Zuschläge in Höhe von eins vom Hundert pro angefangenen Kalendermonat auf den fälligen Betrag erhoben.

§ 5 Kostenentscheidung

In der schriftlichen Kostenentscheidung bezeichnet die Kammer den Kostenschuldner, die kostenpflichtige Verwaltungstätigkeit, die Höhe der zu zahlenden Gebühren und Auslagen und legt fest, wo, wann und wie diese zu zahlen sind.

§ 6 Stundung, Erlass

Auf Antrag des Gebührenschuldners können in besonderen Härtefällen Gebühren ganz oder teilweise gestundet oder erlassen werden. Der Antrag ist unter Vorlage geeigneter Nachweise schriftlich zu begründen.

§ 7 Ergänzende Bestimmungen

Vorschusszahlungen, Sicherheitsleistungen, Zurückbehaltungsrechte, Verjährung, Säumniszuschläge und sonstige, nicht in dieser Satzung im Einzelnen geregelte Tatbestände richten sich nach dem Landesgebührengesetz.

§ 8 In-Kraft-Treten

Die Gebührenordnung der Landespflegekammer tritt am 1. Januar 2017 in Kraft.

Mainz, 20.12.2016

Dr. Markus Mai
Präsident

Anlage 1 zu § 2 der Gebührenordnung – Gebührenverzeichnis

1. Allgemeine Gebühren

1.1 Bescheinigungen, Bescheide

1.1.1	Bescheinigung über Mitgliedschaft und Mitgliedsausweis	Gebührenfrei
1.1.2	Ausstellen von Zeugnissen, Bescheinigungen, Zweitausfertigung Mitgliedsausweise, Urkunden, Sonstiges	15,- EUR
1.1.3	Evidence of good Standing (Nachweis der Berechtigung zur uneingeschränkten Ausübung des Pflegeberufes)	20,- EUR
1.1.4	Erlass eines ablehnenden Widerspruchsbescheides	120,- EUR
1.1.5	Auszug aus der Elektronischen Mitgliedsakte	10,- EUR
1.1.6	Verwaltungstätigkeiten, die nach Art und Umfang im Gebührenverzeichnis nicht näher bestimmt sind und die mit besonderem Aufwand verbunden sind.	Nach Aufwand

1.2 Gebühren zum Mitgliedsbeitrag

1.2.1	Zahlungserinnerung	Gebührenfrei
1.2.2	Erste Mahnung bei säumigen Zahlungen	10,- EUR
1.2.3	Zweite Mahnung bei säumigen Zahlungen	30,- EUR
1.2.4	Beitreibung säumiger Zahlungen	Nach Aufwand Mindestens 100,- EUR
1.2.5	Bescheinigung über gezahlte Beiträge (unaufgeforderte Zustellung)	Gebührenfrei

1.3 Online-Passwort bei Erst- und Mehrfachausfertigung Gebührenfrei

1.4 Verwahrung und Verwaltung von Patientenunterlagen gemäß § 22 Abs. 2 Satz 2 HeilBG Nach Aufwand

2. Urkunden

2.1 Gebühren in der Weiterbildung

Die Festlegung der Gebühren erfolgt nach in Kraft treten der Weiterbildungsordnung der Landespflegekammer Rheinland-Pfalz

2.2 Gebühren in der Fortbildung

Die Festlegung der Gebühren erfolgt nach in Kraft treten der Fortbildungsordnung der Landespflegekammer Rheinland-Pfalz

3. Gebühren für weitere Dienstleistungen der Landespflegekammer

3.1 Portokosten

Mitglieder	Gebührenfrei
Nicht-Mitglieder	pauschal 5,- EUR

3.2 Veröffentlichung einer Stellenanzeige auf der Homepage		
Stellengesuch von Mitgliedern		Gebührenfrei
Stellenangebot Einrichtungsträger/Unternehmer		
	Für die Dauer von 2 Wochen	250,- EUR
	Für die Dauer von 4 Wochen	400,- EUR
3.3 Vermietung		
3.3.1 Sitzungsraum		ab 150,- EUR
3.3.2 Kopien im Rahmen der Vermietung		
Mitglieder		0,15 EUR/Kopie
Nicht-Mitglieder		0,30 EUR/Kopie
3.4 Überprüfung der fachbezogenen Sprachkenntnisse pro Fall (Gruppenprüfungen)		215,- EUR
3.5 Schlichtungsverfahren		
<i>Die Festlegung der Gebühren erfolgt mit in Kraft treten der Schlichtungssatzung</i>		
3.6 Sonstige Dienstleistungen		Nach Aufwand
4. Gebühren im Zusammenhang mit der Erstellung von Stellungnahmen durch die Ethikkommission		
<i>Die Festlegung der Gebühren erfolgt mit Konstitution der Ethikkommission</i>		